

Arbeitskämpfe in China seit den 1980er Jahren – gegen Zerschlagung der eisernen Reisschale und moderne Fabrikarbeit. Formiert sich eine neue ArbeiterInnenklasse?

Daniel Fuchs (Universität Wien)

Überarbeitete, schriftliche Ausarbeitung des Referats für den Workshop „Gewerkschaften und gewerkschaftliches Handeln der Lohnabhängigen in China. Wo zeigen sich emanzipatorische Perspektiven?“, Bochum, 14.-15. März 2014

1. Einleitung

Ausgangspunkt meines Diskussionsinputs ist der signifikante Anstieg an Arbeitskämpfen in der Volksrepublik China seit Beginn des so genannten Prozesses von „Reform und Öffnung“ Ende der 1970er Jahre, der in den vergangenen Jahren auch zunehmend in das Blickfeld internationaler Medienberichtserstattung geraten ist und somit Eingang in einen breiteren Diskurs über den Aufstieg Chinas zur ökonomischen und geopolitischen Weltmacht gefunden hat. Insbesondere die Streikwelle in der chinesischen Automobilindustrie im Frühsommer 2010 sowie die Selbstmorde und Aufstände von ArbeiterInnen des Elektronik-Auftragsherstellers und Apple-Zulieferers Foxconn haben Diskussionen über Arbeits- und Lebensbedingungen sowie über den kollektiven Widerstand der Lohnabhängigen in der VR China auch über die engen Grenzen akademischer Zirkel hinaus entfacht. Nicht nur der *Economist* widmete seine Titelgeschichte der „wachsenden Macht chinesischer ArbeiterInnen“ (*Economist*, 29. Juli 2010), die Arbeitskämpfe in den Leitindustrien der globalen Kapitalakkumulation vor dem Hintergrund der anhaltenden Weltwirtschaftskrise wurden auch in deutschsprachigen Medien breit diskutiert.

Tatsächlich war die 1978 eingeleitete Integration der VR China in den globalen, neoliberalen Kapitalismus von Beginn an von unterschiedlichen Formen sozialer Unruhen im Allgemeinen und ArbeiterInnenunruhen im Besonderen geprägt. Alleine auf Basis offizieller Statistiken kann eine Zunahme so genannter Massenvorfälle (*quntixing shijian*), d.h. von größeren Protesten, Demonstrationen und Streiks, von 11.000 im Jahr 1993 auf 87.000 im Jahr 2005 festgehalten werden (vgl. Lee 2007:5). Bis in das Jahr 2010 kam es nach unabhängigen Schätzungen zu einem weiteren Anstieg auf etwa 180.000 (vgl. *People's Daily Online*, 10. Februar 2012), wobei der Anteil von ArbeiterInnenprotesten an diesen „Massenvorfällen“ auf etwa 30% geschätzt wird (vgl. Yu 2007) Und auch nach den vielbeachteten Vorfällen im Jahr 2010 hat die Zahl der Arbeitskämpfe in China keineswegs abgenommen, wie etwa die anhaltenden Unruhen bei Foxconn (vgl. Pun et al. 2013) oder die aktuellen Streiks in der Schuhindustrie in Dongguan (vgl. CLB 2014b, 2014c) verdeutlichen.

1.1 Fragestellung und Zielsetzung des Inputs

Vor eben diesem Hintergrund zunehmender ArbeiterInnenproteste hat sich in den vergangenen Jahren eine lebhafte (wissenschaftliche) Debatte über den Charakter des Klassenformierungsprozesses chinesischer ArbeiterInnen und damit über die Potentiale und Grenzen für die Entstehung einer neuen ArbeiterInnenbewegung in China entwickelt (siehe hierzu etwa Silver/Zhang 2010; Lee 2007; Chan/Pun 2009; Chan A./Siu 2012). Diese Debatte wird im vorliegenden Diskussionsinput insofern aufgegriffen, als dass mein Fokus im Folgenden auf der Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen von Arbeitskämpfen in der VR China seit den 1980er Jahren liegen wird. Meines Erachtens erlaubt es ein historischer Blick auf die sich verändernde soziale Zusammensetzung sowie die sich wandelnden Formen und Inhalte der Arbeitskämpfe, zu einer genaueren Einschätzung des Klassenformierungsprozesses zu gelangen und auf dieser Basis mögliche Strategien globaler Solidarität zu diskutieren. Konkret bedeutet dies, dass ich in meinem Vortrag auf Basis von Sekundärliteratur chinesischer und westlicher ForscherInnen, Medienberichten sowie den Ergebnissen eigener Feldforschungsaufenthalte versuchen werde, Arbeitskämpfe in der VR China zu periodisieren und ihre Charakteristika in bestimmten Phasen der letzten mehr als 35 Jahre herauszuarbeiten.

2. Grundlegende Argumente

Bevor ich mit dem historischen Überblick beginne, möchte ich meine zentralen und miteinander verschränkten Argumente an dieser Stelle zusammengefasst präsentieren. Diese fünf Punkte werden, so hoffe ich, durch den historischen Überblick weiter verdeutlicht und vertieft.

1) Neuzusammensetzung der chinesischen ArbeiterInnenklasse

Die strukturellen Hintergründe für die Zunahme an Arbeitskämpfen sowie deren Wandel liegen in der schrittweise vollzogenen Weltmarktintegration Chinas und der damit verbundenen industriellen Restrukturierung einerseits sowie der damit verknüpften Neuzusammensetzung der chinesischen ArbeiterInnenklasse andererseits: Zum einen hat die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre forcierte Privatisierung und Restrukturierung des staatlichen Industriesektors zu einem massiven Rückgang der Beschäftigten in staatlichen und kollektiven Unternehmen geführt. Knapp 50 Millionen ArbeiterInnen, die im Rahmen des nach 1949 eingeführten Systems der „eisernen Reisschale“ Anspruch auf

Beschäftigungssicherheit und umfassende Sozialleistungen gehabt hatten, verloren hierbei ihre Anstellung. Zum anderen waren die Zunahme an ausländischen Kapitalinvestitionen und das Wachstum des (exportorientierten) Privatsektors v.a. seit Anfang der 1990er Jahre begleitet von einem massiven Anstieg der Binnenmigrationsbewegungen und einem weitreichenden Prozess der (Semi-)Proletarisierung der ländlichen Bevölkerung. Derzeit wird die Zahl dieser WanderarbeiterInnen (*nongmingong*; wörtlich: „BauernarbeiterInnen“) auf zwischen 263 und 280 Millionen geschätzt; ihr Anteil an der erwerbstätigen Stadtbevölkerung ist zwischen den Jahren 2000 und 2008 auf etwa 60 Prozent angestiegen.

2) Phasen der Arbeitskämpfe seit 1978

Dieser Neuzusammensetzungsprozess fand und findet seinen Ausdruck in unterschiedlichen Phasen von Arbeitskämpfen in der VR China. Auf diese einzelnen Phasen bzw. Zyklen werde ich im Folgenden näher eingehen. Allgemein formuliert kann an dieser Stelle jedoch bereits als ein zentrales Charakteristikum festgehalten werden, dass von Ende der 1970er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Betrieben im Zentrum der Arbeitskämpfe standen, während Streiks und andere Formen proletarischen Protests seit Mitte der 2000er Jahre vor allem auf den Widerstand (der zweiten und mittlerweile auch dritten Generation) ländlicher ArbeitsmigrantInnen zurückgeht.

3) Qualitative Veränderungen der Arbeitskämpfe

Mit Blick auf die einzelnen Phasen der Arbeitskämpfe in China sind jedoch nicht nur unterschiedliche soziale Zusammensetzungen, unterschiedliche zentrale Subjekte des Widerstands festzustellen, sondern es werden vielmehr auch qualitative Veränderungen hinsichtlich der Form und des Inhalts der Proteste der Lohnabhängigen deutlich. Insbesondere hinsichtlich der Kämpfe von WanderarbeiterInnen ist seit Mitte der 2000er Jahre eine deutliche Tendenz zu einer besseren Organisierung und Koordinierung von Streiks sowie zu offensiven und interessenbasierten Forderungen festzustellen. Dies weist über das in der Vergangenheit beobachtete Muster des „zellulären Aktivismus“ (Ching Kwan Lee), d.h. in erster Linie räumlich auf einzelne Betriebe und inhaltlich auf Forderungen im Rahmen des Arbeitsrechts beschränkte Kämpfe, hinaus. Gleichzeitig muss betont werden, dass dieser qualitative Wandel bisher aufgrund von staatlicher Repression und Einhegungsstrategien, signifikanten regionalen und sektoralen Unterschieden, dem prekären Aufenthaltsstatus der ArbeiterInnen in den Städten und die sehr hohe Fluktuationsrate weder gleichbedeutend mit der Entstehung längerfristig stabiler Organisationsformen noch mit dem Auftauchen gemeinsamer Kämpfe zwischen WanderarbeiterInnen und weiteren Segmenten der ArbeiterInnenklasse bzw. anderen sozialen Gruppen ist.

4) „Klassenkämpfe ohne Klassenorganisation“

„Gewerkschaftliches Handeln“ in Form der Beteiligung formaler Gewerkschaftsorganisationen unter dem Dach des All-Chinesischen Gewerkschaftsbunds (ACGB) spielt für die Organisierung und den Erfolg von Arbeitskämpfen keine Rolle. Im Gegenteil, die staatlichen Gewerkschaften stellen sich in der Regel gegen Streiks und versuchen, diese zu verhindern. Der chinesische Parteistaat begann seit 2002/3 unter der Führung von Hu Jintao und Wen Jiabao insofern auf die zunehmenden ArbeiterInnenproteste zu reagieren, als dass eine Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse und die Etablierung von Mechanismen für eine institutionalisierte Konfliktaustragung vorangetrieben wurde. Doch obwohl in diesem Rahmen die Integration von ländlichen ArbeitsmigrantInnen in den ACGB ebenfalls zu einer wesentlichen Zielsetzung wurde, handelt es sich bei den Arbeitskämpfen weiterhin durchgehend um wilde Streiks und Proteste außerhalb des von der Kommunistischen Partei Chinas kontrollierten Gewerkschaftsdachverbandes wie auch der Betriebsgewerkschaften an der Basis. Chris Chan (2010) spricht vor diesem Hintergrund von „Klassenkämpfen ohne Klassenorganisation“.

5) *Divergierende Macht- und Veränderungspotentiale*

Die Existenz einer formalen Gewerkschaftsorganisation ist jedoch keine Voraussetzung für wirksame Streiks, wie auch die Erfolge widerständiger ArbeiterInnen in China verdeutlichen. Um den Ausbruch, die jeweiligen Charakteristika und die Ergebnisse von Arbeitskämpfen verstehen und einordnen zu können, ist es daher sinnvoll, zwischen unterschiedlichen Formen von ArbeiterInnenmacht zu differenzieren, wie dies Erik Olin Wright (2000) und Beverly Silver (2005) vorschlagen: Beide AutorInnen unterscheiden zwischen der *Organisationsmacht* von ArbeiterInnen einerseits und den strukturell bedingten Formen der *Produktionsmacht* und *Marktmacht* andererseits. Während der Begriff Organisationsmacht jene Machtpotentiale meint, die auf Basis der kollektiven Organisierung von ArbeiterInnen – etwa in Gewerkschaften oder in politischen Parteien – entstehen, erwächst die Marktmacht aus der Position der ArbeiterInnen auf dem Arbeitsmarkt. Besonders nachgefragte Qualifikationen, eine niedrige Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit, sich (zumindest temporär) vollständig der Lohnarbeit zu entziehen stellen in diesem Fall zentrale Faktoren dar, welche die Marktmacht von LohnarbeiterInnen erhöhen können (vgl. Silver 2005:31). Die Produktionsmacht schließlich bezieht sich auf die Stellung der Beschäftigten im Produktions- und Distributionsprozess und verweist auf den Zusammenhang zwischen der Organisation des Produktionssystems und den potentiellen Auswirkungen von individuellem bzw. kollektivem Widerstand. So ist die Produktionsmacht von Beschäftigten in

hochintegrierten Produktionsprozessen tendenziell relativ hoch, da die Produktion etwa auch durch individuelle Arbeitsniederlegungen an Schlüsselstellen empfindlich gestört werden kann.

Ein auf diese Weise differenzierter Blick auf unterschiedliche Formen der ArbeiterInnenmacht ermöglicht es zum einen, den Ausgang der durchwegs „wilden Streiks“ in der VR China besser zu verstehen. Ein vielfach relatives hohes Niveau an Produktionsmacht und das damit verknüpfte Störpotential (etwa in der Automobilindustrie) bzw. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, wie etwa die seit Anfang der 2000er Jahre in der exportorientierten Industrie Chinas lokal auftretenden Arbeitskräftemängel, haben zu schlagkräftigem Widerstand beigetragen, der Verbesserungen der betrieblichen Arbeitsbedingungen, Erhöhungen der Mindestlöhne sowie arbeitsrechtliche Reformen auf zentralstaatlicher Ebene erwirkte. Zum anderen kann diese Differenzierung auch zu einem besseren Verständnis der in Arbeitskämpfen gewählten Formen des individuellen bzw. kollektiven Widerstands beitragen. Hiermit ist schließlich verbunden, dass ein für räumliche und sektorale Unterschiede geschärfter Blick auf die jeweils vorherrschenden Produktionsregime notwendig für konkrete Analysen ist. Obwohl es im Detail im heutigen Vortrag selbstverständlich nicht geleistet werden kann, sollte dies mitbedacht werden, wenn im Folgenden nun ein historischer Überblick über die unterschiedlichen Phasen der Arbeitskämpfe in der VR China zu geben versucht wird.

3. Phasen des Arbeitskampfs in China

1978-1989

Nur knapp zwei Jahre nachdem mit den Reformbeschlüssen auf dem 3. Plenum des 11. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Dezember 1978 die formale Grundlage für den sozioökonomischen Transformationsprozess in der VR China gelegt worden war, ereignete sich ab Herbst 1980 die erste Streikwelle. Diese Streiks Ende des Jahres 1980 bzw. Anfang des Jahres 1981 wurden von ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen in unterschiedlichsten Sektoren¹ getragen und weiteten sich auf ganz China aus. So sind für Anfang 1981 u.a. 20-30 Streiks von ArbeiterInnen in den zentralchinesischen Städten Wuhan und Taiyuan dokumentiert, während weitere Streiks in den Jahren 1980-81 auch aus Shanghai, Tianjin, Kunming sowie den Provinzen Shandong, Shanxi, Sichuan und Hubei gemeldet wurden, und darüber hinaus Berichte über Proteste von

¹ Lee (2010:203) dokumentiert, dass an dieser ersten Streikwelle in der so genannten Reformära ArbeiterInnen in

ArbeiterInnen in Tibet und Xinjiang an den äußersten Rändern des Staates vorliegen (vgl. Lee 2010:203; Sheehan 1998:237).

Den allgemein-historischen Kontext für diese erste Streikwelle Anfang der 1980er Jahre stellte die Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik der neuen Parteiführung um Deng Xiaoping dar. Unter dem Schlagwort der „Vier Modernisierungen“ in den Bereichen der Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technologie war bereits ab Mitte der 1970er Jahre die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums auf Basis der Entwicklung der Produktivkräfte als oberstes Gebot für zukünftige Reformmaßnahmen ausgerufen worden. Die breite Bevölkerung verband hiermit in erster Linie Hoffnungen auf eine Verbesserung ihres Lebensstandards. Zahlreiche Probleme, insbesondere im urbanen Raum Chinas, blieben jedoch auch in den ersten Reformjahren bestehen bzw. verschärften sich sogar. So lagen die konkreten Hintergründe der Arbeitsniederlegungen und Proteste von ArbeiterInnen in den Jahren 1980-81 insbesondere in der Unzufriedenheit über die bereits seit mehreren Jahren andauernde Lohnstagnation sowie über den Mangel an städtischem Wohnungen für ArbeiterInnen in den staatlichen Arbeitseinheiten (*danwei*). Hinzu traten Ende der 1970er Jahre auftretende Engpässe an Konsumgütern in den Städten und die in diesem Zeitraum wachsende Arbeitslosigkeit – Probleme, die sich allesamt mit der Rückkehr der während der Kulturrevolution in die ländlichen Regionen verschickten, auf ca. 15 Millionen geschätzten Jugendlichen weiter zugespitzt hatten, und die darüber hinaus auch mit gesellschaftlich weit verbreiteter Kritik an korruptem Verhalten von Parteikadern verknüpft wurden (vgl. Pam 2007). Obwohl sich die Reformmaßnahmen des Parteistaates in den ersten Jahren nach 1978 auf weitreichende Veränderungen in der Landwirtschaft² konzentriert hatten und die staatliche Industrie mit landesweiten Maßnahmen erst ab Mitte der 1980er Jahre im Fokus der reformorientierten Kräfte standen, dokumentiert etwa Sheehan (vgl. 1998:160ff.) zudem, dass auch erste Reformversuche mit einer Ausweitung der Autonomie in der staatlichen Industrie hinsichtlich innerbetrieblicher Entscheidungen³ konkreten Anlass für ArbeiterInnenwiderstand bot: ArbeiterInnen forderten in diesem Kontext gleichen Lohn für gleiche Arbeit, und auch die Frage der (de facto fehlenden) betrieblichen Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten war in den Protesten Anfang der 1980er Jahre ein zentrales Thema.

² Mit der Auflösung der Volkskommunen und der Wiedereinführung des so genannten Haushaltsverantwortlichkeitssystems wurde die Rückkehr zu einer familienbasierten, kleinbäuerlichen Agrarproduktion vollzogen, die im Jahr 1983 landesweit wirksam abgeschlossen wurde.

³ Unternehmensführungen wurde es bspw. ermöglicht, über die Verwendung eines Teils der erwirtschafteten Profite sowie über Lohnhöhen und Zusatzleistungen eigenständig zu entscheiden (Sheehan 1998:160).

Diese Arbeitskämpfe Anfang der 1980er Jahre ereigneten sich zudem in einer Konjunktur nationaler und internationaler Protestbewegungen, die einen signifikanten Einfluss auf die Inhalte der Streiks hatten. Zum einen ist hier die Demokratiebewegung von 1978-1981 zu nennen, die mit Wandzeitungen in Beijing begann und sich auf zahlreiche weitere Städte des Landes ausdehnte. Inhaltlich stand in dieser, vor allem von jungen urbanen Intellektuellen und ehemaligen Mitgliedern der „Roten Garde“ getragenen Bewegung der Unmut über Richtungsentscheidungen der politischen Führung nach Absetzung der „Viererbande“ zur zukünftigen sozio-ökonomischen und politischen Entwicklung des Landes im Zentrum. Auch wenn diese Bewegung nicht über eine Massenbasis verfügte und dies anfänglich auch nicht anstrebte, so bot sie Gruppen von ArbeiterInnen einen sozialen Raum, in welchem diese vor allem auf Basis zahlreicher inoffizieller Publikationen ihren Anliegen Ausdruck verleihen konnten. Unmittelbar bedeutender waren jedoch die Streikwelle und die Solidarność-Bewegung in Polen 1980-81 (vgl. Barker 2011), denn, wie Sheehan (1998:186) es formulierte, „[...] it showed restive Chinese workers that they were not the only ones contending with a system which praised them to the skies as leaders of the nation while actually offering them political powerlessness and a low standard of living“. Über die Ereignisse in Polen wurde auch in chinesischen Medien berichtet, und sie gaben den an Streiks beteiligten ArbeiterInnen in China ein konkretes Vorbild für eine kämpferische, gewerkschaftliche Organisation unter autoritär-staatssozialistischen Verhältnissen. Unter diesem Eindruck und vor dem Hintergrund der bereits zu diesem Zeitpunkt breiten Unzufriedenheit mit den staatlichen Gewerkschaftsorganisationen unter dem Dach des All-Chinesischen Gewerkschaftsbundes (ACGB), der nach dessen Auflösung während der Kulturrevolution erst im Oktober 1978 offiziell reaktiviert worden war, forderten streikende ArbeiterInnen 1980-81 in mehreren Städten (u.a. in Shanghai, Hangzhou, Tianjin, Wuhan, Anshan, Nanzhong und Zhengzhou) die Gründung eigener, unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen (vgl. Sheehan 1998:187ff.; Lee 2010:216). Diese Radikalisierung der Proteste über enge, ökonomische Forderungen hinaus war schließlich mitentscheidend dafür, dass die liberalen Reformkräfte um Deng Xiaoping das Streikrecht aus der 1982 revidierten und bis heute gültigen chinesischen Verfassung entfernen ließen. Dies konnte jedoch eine erneute Welle des Arbeitskampfes von Beschäftigten in staatlichen Betrieben in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre keineswegs verhindern, denn „[f]ast jeder Reformschritt Richtung Marktwirtschaft bedeutete für den Status und die Existenzbedingungen der staatlichen ArbeiterInnen einen Rückschlag“ (Lee 2010:198).

Quantitative Einschätzungen zum Ausmaß der erneuten Zunahme an Streiks und Protesten von ArbeiterInnen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre liegen vom ACGB selbst vor: Der Dachverband berichtete von 97 Streiks im Jahr 1987⁴ und 100 Streiks ein Jahr später, wovon der größte Streik mit 1500 beteiligten ArbeiterInnen in der Stadt Xi'an drei Monate lang andauert haben soll. In der Stadt Shanghai wurden alleine im ersten Quartal 1989 15 Streiks in staatlichen Betrieben registriert (vgl. Lee 2010:204). Diese Zahlen müssen als quantitative Untergrenze für das tatsächliche Ausmaß der Arbeitskämpfe begriffen werden. Die äußerst angespannte Situation in den Arbeitsbeziehungen dieses Zeitraums verdeutlicht darüber hinaus auch Perry (1995:315), die für Januar 1989 zu berichten wusste, „[...] that thousands of People's Liberation Army (PLA) soldiers had been occupying the Daqing oil fields for several months to quell a labor stoppage demanding higher wages and better treatments“. Die hier genannten Forderungen nach höheren Löhnen und einer besseren Behandlung durch das Management sowie demokratischer Mitbestimmung am Arbeitsplatz waren auch in den anderen Arbeitsniederlegungen und Streiks von zentraler Bedeutung. Insgesamt betrachtet sind die Arbeitskämpfe Ende der 1980er Jahre als Widerstand gegen die Angriffe auf den Status und Lebensstandard der ArbeiterInnen in den staatlichen Arbeitseinheiten zu begreifen. Diese Zerschlagung der „eisernen Reisschale“ sollte zwar erst Ende der 1990er Jahre ihren vorübergehenden Höhepunkt erreichen (siehe unten), sie wurde jedoch bereits mit den ersten Reformmaßnahmen der Industrie ab 1984 eingeleitet, welche die Verfügungsgewalt und Autonomie des Managements (hinsichtlich der Produktionsplanung, Ressourcenallokation und Preissetzung) gegenüber den in den Betrieben verankerten Parteikomitees wie auch den Beschäftigten signifikant erweiterte. Ab 1986 wurden zudem auch schrittweise Arbeitsverträge in Staatsbetrieben eingeführt, wodurch alle ab diesem Zeitpunkt neu eingestellten ArbeiterInnen Arbeitsverträge zu unterzeichnen hatte. Tatsächlich verbreitete sich die vorgeschriebene Praxis der Unterzeichnung von Arbeitsverträgen – auch aufgrund des Widerstands der Beschäftigten – nur sehr langsam, doch obwohl anfänglich nur wenige ArbeiterInnen direkt davon betroffen waren, so symbolisierte deren Einführung dennoch den Abschied von der lebenslangen Beschäftigungssicherheit und führte zu einer großen Jobunsicherheit unter den symbolisch und materiell bis zu diesem Zeitpunkt privilegierten StaatsarbeiterInnen (vgl. Sheehan 1998). Die somit eingeleiteten Umwälzungen der Arbeitsbeziehungen in der staatlichen Industrie erklären auch die Wut gegenüber den

⁴ Liz Perry beruft sich ebenfalls auf den ACGB als Quelle, nennt für das Jahr 1987 aber 129 registrierte Streiks und einen weiteren Anstieg im Jahr darauf (vgl. Perry 1995:315).

Unternehmensführungen, die vielfach als korrupt und verräterisch agierend wahrgenommen wurden.⁵

Diese Arbeitskämpfe Ende der 1980er Jahre fanden, wie schon jene zu Beginn des Jahrzehnts, in einem Kontext breiter sozialer Proteste statt, die sich nun gegen die Auswirkungen der Reformmaßnahmen wandten. Enttäuschte Hoffnungen in die neue, post-maoistische Ära und insbesondere die stark zunehmende, und durch das duale Preissystem begünstigte Korruption unter Parteikadern sowie die rasant wachsende Inflation⁶ standen bereits in den Jahren 1986-87 im Zentrum von großen Protesten (u.a. in Shanghai, Wuhan und Beijing) mit bis zu 60.000 TeilnehmerInnen (vgl. Pam 2007:52). Dieser Unmut sollte schließlich im Jahr 1989 in der Protestbewegung auf dem Tian'anmen in Beijing sowie in zahlreichen anderen Städten des Landes kulminieren, an der sich städtische ArbeiterInnen – entgegen weit verbreiteter Darstellungen – in großer Zahl beteiligten und unabhängige Gewerkschaftsorganisationen gründeten.⁷

Der konkrete Auslöser für die Protestbewegung im Frühjahr 1989 war der Tod des früheren Parteivorsitzenden Hu Yaobang, der Demonstrationen von Studierenden im Jahr 1987 unterstützt hatte und daraufhin abgesetzt worden war. Um dessen Rehabilitierung zu fordern, begaben sich am 17. April etwa 2000 Studierende auf den Tian'anmen-Platz im Zentrum Beijings. Nur drei Tage später, am 20. April, trat zum ersten Mal AktivistInnen der „Autonomen Arbeiterföderation Beijing“ (*gongzilian*) mit Flugblättern in Erscheinung, anhand derer sie eine Preisstabilisierung sowie die Offenlegung der Einkommen und Ausgaben von staatlichen BeamtenInnen und deren Familien forderten und den ausschweifenden Lebensstil der hohen Funktionäre kritisierten (Gong/Walder 1993). Dem Vorbild der weitgehend aus großen staatlichen Industrieunternehmen stammenden ArbeiterInnen der unabhängigen Gewerkschaft in Beijing folgend, wurden zwischen April und Mai 1989 mindestens fünfzehn weitere unabhängige Gewerkschaften in anderen Städten gegründet (Tianjin, Harbin, Shenyang, Hohhot, Xi'an, Wuhan, Nanjing, Shanghai, Jinnan,

⁵ Sheehan beschreibt in diesem Kontext den Trend unter Managern Ende der 1980er Jahre, aus Angst vor Attacken durch Beschäftigte private Bodyguards anzuheuern. Dass diese Furcht nicht ganz unberechtigt war, verdeutlichen Zahlen aus der Provinz Liaoning, eines der Zentren der Schwerindustrie im Nordosten Chinas, wonach es alleine in der ersten Jahreshälfte 1988 zu 276 Fällen von Gewalt an Unternehmensleiter gekommen ist (vgl. Sheehan 1998:209). Derartige direkte Angriffe auf Manager in (ehemaligen) Staatsbetrieben sollten sich auch in den folgenden Jahrzehnten wiederholen.

⁶ Laut Lee (2010:204) stieg die Inflation von 18,5% im Jahr 1988 auf 25,4% im Jahr 1989. Spence (vgl. 1995:855) spricht für Ende 1988 von einer Inflationsrate von 26%.

⁷ Nicht zuletzt aus diesem Grund plädiert der chin. Intellektuelle Wang Hui die Protestbewegung als soziale Bewegung zu begreifen (und damit den Hintergrund der sozio-ökonomischen Verhältnisse zu unterstreichen, die von der geläufigen Bezeichnung „Demokratiebewegung“ tendenziell entnannt werden) (vgl. Wang 2003).

Hangzhou, Suzhou, Changsha, Shaoyang, Fuzhou, Guangzhou) (vgl. Lee 2010:216).⁸ Im weiteren Verlauf der Ereignisse in Beijing schlossen sich immer mehr ArbeiterInnen – auch aus führenden Staatsbetrieben in der Stahl- und Motorenproduktion – mit Transparenten, auf denen der Name ihres Unternehmens zu lesen war – der Protestbewegung an. Durch diese Entwicklungen gestärkt, verkündete die Autonome Arbeiterföderation Beijing am 19. Mai offiziell ihre Gründung und rief die Regierung dazu auf, die Forderungen der StudentInnen zu akzeptieren – ansonsten werde der Generalstreik ausgerufen (vgl. Au 2012:140). Hierzu sollte es jedoch nicht kommen. Die Regierung rief im Gegenzug das Kriegsrecht aus und stellte das Verlassen der Betriebe unter Strafe. Die an den Protesten beteiligten ArbeiterInnen ließen sich hierdurch zwar nicht einschüchtern: Laut Au (vgl. ebd.:141) gingen eine Million Menschen auf die Straße, um gegen die Regierung und das Kriegsrecht zu protestieren. ArbeiterInnen beteiligten sich maßgeblich an Blockaden von Panzern und Armeefahrzeugen auf den Zufahrtsstraßen in das Zentrum der Hauptstadt aus (ebd.). Ein Generalstreik wurde letztlich dennoch nicht ausgerufen. Auch wenn das Ausmaß der autonomen Organisation alleine in Beijing beeindruckende Ausmaße einnahm und die Autonome Arbeiterföderation am Höhepunkt von 20.000 registrierten Mitgliedern sprach, so blieb die ihre Organisationsbasis in Beijing der Tian'anmen selbst; eine Verankerung in den Betrieben war weniger stark gegeben, WanderarbeiterInnen waren indirekt von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen und die tatsächlich stattfindenden Streiks waren nicht übergreifend koordiniert. Darüber hinaus trafen die unabhängig organisierten ArbeiterInnen lange Zeit auf großen Widerstand der Studierenden, als Teil der Bewegung anerkannt zu werden. Für die chinesische Regierung und die KPCh stellten die Proteste sowie der in noch nie dagewesenem Ausmaß organisierte und von einem hohen politischen Bewusstsein begleitete Widerstand der Lohnabhängigen die bisher größte Legitimationskrise dar. Schließlich waren es auch die beteiligten ArbeiterInnen, die nach der gewaltsamen Niederschlagung der Bewegung am 4. Juni 1989 im Vergleich zu den Studierenden mit deutlich massiverer staatlicher Repression konfrontiert waren.

1992-2002

In dieser Phase 1992 bis 2002 waren es ebenfalls Beschäftigte in Staats- und Kollektivbetrieben, die im Mittelpunkt der Arbeitskämpfe in China standen. Bevor hierauf eingegangen wird, soll jedoch auch auf die erste Streikwelle von WanderarbeiterInnen

⁸ Perry (1995:317) spricht gar von „[...] more than two dozen other autonomous labor associations [...] in nineteen different provinces“.

verwiesen werden, die sich Anfang der 1990er Jahre in den wachsenden Exportproduktionszonen im Südosten des Landes ereignete.

Die erste dokumentierte Streikwelle der ländlichen ArbeitsmigrantInnen in den Jahren 1993-1994 muss nur vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der reformorientierten Entwicklungspolitik in der VR China Anfang zu verstehen. Während mit der Niederschlagung der Tian'anmen-Proteste zwar kurzfristig die konservativ-maoistische Fraktion an Stärke innerhalb der KPCh gewonnen hatte, proklamierte (der selbst für den Militäreinsatz 1989 verantwortlich gewesene) Deng Xiaoping im Jahr 1992 eine Intensivierung der marktwirtschaftlichen Reformen im Allgemeinen sowie der Öffnung für ausländische Kapitalinvestitionen im Besonderen. Noch im selben Jahr wurde dieser Kurs auf dem 14. Parteitag der KPCh unter Federführung des neuen Parteivorsitzenden Jiang Zemin bestätigt (vgl. Gallagher 2005:42; Bramall 2009:352f.). Im Zentrum der vom Parteistaat verfolgten Entwicklungsstrategie sollte von nun an – zur Etablierung der so genannten „sozialistischen Marktwirtschaft“ – eine exportorientierte und auf arbeitsintensiver Produktion basierende Industrialisierung sowie die Privatisierung staatlicher Unternehmen stehen.

Tatsächlich war die Weltmarktintegration ebenfalls bereits seit Ende der 1970er Jahre (maßgeblich von Lokalregierungen) vorangetrieben worden. Die qualitativen Veränderungen ab 1992 lassen sich jedoch vor allem an der massiven Bedeutungszunahme von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) für die chinesische Wirtschaft ablesen (vgl. Naughton 2007:402). Das Volumen der ADI stieg insgesamt von 4,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 1991 auf 41,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 1996 (vgl. Cho 2005:151), wobei ein – im globalen Vergleich außergewöhnlich – hoher Anteil in die verarbeitende Industrie investiert wurde bzw. wird. Zudem wurden ab Anfang der 1990er Jahre eine Vielzahl neuer Sonderwirtschaftszonen errichtet, der städtische Immobiliensektor für Investitionen geöffnet und ab 1994 auch Inlandsprovinzen eine größere Autonomie bei Verhandlungen mit ausländischen Investoren zugestanden (vgl. Gallagher 2005:42).

Vor dem Hintergrund der rasant anwachsenden exportorientierten Industrie vor allem in den Küstenregionen im Südosten des Landes nahm die Land-Stadt-Migration deutlich zu. Während Ende der 1970er Jahre die Zahl der ländlichen ArbeitsmigrantInnen noch auf etwa zwei Millionen geschätzt wurde, so stieg sie bis in das Jahr 1993 bereits auf ca. 63 Millionen (Li 2010:8f.). Charakterisiert waren und sind die Migrations- und Lebensbedingungen dieser WanderarbeiterInnen durch das so genannte Haushaltsregistrierungssystem (*hukou dengji zhidu*, kurz: hukou-System), das 1958 landesweit eingeführt worden war, um Binnenmigrationsbewegungen einzudämmen bzw. unter staatliche Kontrolle zu stellen. Mit

der Einführung dieses Systems wurden (und werden bis heute) alle chinesischen StaatsbürgerInnen bei ihrer Geburt registriert, wobei die Haushaltsregistrierung aus zwei Komponenten besteht und sowohl die Bestimmung eines regulären Wohnsitzes (*hukou suozaidi*) als auch eine administrative Unterscheidung zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung vermittelt der Zuteilung eines ländlichen bzw. städtischen *hukou*-Status (*hukou leibie*) beinhaltet. Kurz zusammengefasst bedeutete ein städtischer *hukou* den Anspruch auf einen Arbeitsstelle und über die städtischen Arbeitseinheiten vermittelte staatliche Sozialleistungen. Dieser Anspruch blieb der Bevölkerung mit einer ländlichen Registrierung verwehrt, die stattdessen mit einem Anspruch auf ein Stück Land verknüpft war. Eine Umwandlung der Haushaltsregistrierung in einen nicht-agrarischen Status erfolgte – unter staatlicher Kontrolle stehend – nicht oder nur in sehr seltenen Fällen (vgl. Mallee 2003:138). Solange Konsumtionsmittel unter staatlicher Kontrolle standen, war damit ein unregistrierter Aufenthalt in den Städten für die ländliche Bevölkerung kaum möglich. Erst im Zusammenhang mit der Ausdehnung von Märkten nahm die Migration in den 1980er Jahren zu. Mit dieser Zunahme an unregistrierter Migration konfrontiert, wurden von der Zentralregierung Mitte der 1980er auch temporäre Aufenthaltsgenehmigungen eingeführt. Bis Anfang der 2000er Jahre war jedoch ein dauerhafter Aufenthalt in den Städten kaum möglich und die Wanderarbeit mit der Entrichtung zahlreicher Gebühren und der Überwindung von bürokratischen Hürden verbunden. Die soziale Reproduktion der migrantischen Arbeitskräfte erfolgt(e) daher zu einem großen Teil weiterhin in den ländlichen Heimatregionen (vgl. Fuchs 2014).

Der unmittelbare Hintergrund für die erste größere Welle des Widerstands der semi-proletarisierten WanderarbeiterInnen Anfang der 1990er Jahre bestand in den äußerst schlechten Arbeitsbedingungen im expandierenden Privatsektor. Berichte aus der südchinesischen Provinz Guangdong, die mit dem Perflussdelta eine Vorreiterrolle in der Außenöffnung Chinas einnahm, verweisen auf massive Sicherheitsmängel in den privaten, ausländischen und Joint-Venture-Unternehmen. So ereigneten sich in den Jahren 1993-94 zahlreiche Brände in den Fabriken der Region, durch die – in der Textil- und Spielzeugfabrik vor allem weibliche – Beschäftigte auf grausame Weise ums Leben kamen. Des Weiteren war das Lohnniveau in der exportorientierten Industrie äußerst niedrig, während die ArbeiterInnen mit einer hohen Arbeitsintensität und einer enormen Überstundenanzahl konfrontiert waren (vgl. Hao u.a. 2014:14f.; Chan A. 2001).

Ihren Ausgangspunkt nahm die erste Streikwelle im Perfluss-Delta durch die Arbeitsniederlegung bei einer *Canon*-Fabrik in der Stadt Zhuhai zwischen 31. März und 4.

Mai 1993. Insgesamt fanden „[i]n den 75 Tagen vom 9. März bis zum 23. Mai in Zhuhai in zehn Firmen zwölf Streiks statt, an denen sich insgesamt 7.263 ArbeiterInnen beteiligten“ (Hao u.a. 2014:17-18). Betroffen waren insbesondere ausländische (d.h. japanische und taiwanesishe) Privatunternehmen, wobei sich die Forderungen durchgehend auf eine Erhöhung der Löhne und eine allgemeine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen richtete (vgl. ebd.:18). Auch für die Stadt Shenzhen liegen für den gleichen Zeitraum (1992-94) Berichte über zahlreiche Arbeitskonflikte und Streiks von WanderarbeiterInnen mit weitgehend ähnlichen Forderungen vor (vgl. ebd.:17; Chan 2010:32f.).

Chris Chan (2010:34f.) sieht in der Streikwelle Anfang der 1990er Jahre eine „Radikalisierung“ der Arbeitskämpfe von WanderarbeiterInnen im Vergleich zu jenen vereinzelt Streiks, die für die 1980er Jahre dokumentiert sind. Aus einer historisch etwas weiter gefassten Perspektive kann jedoch festgehalten werden, dass das Ausmaß des offenen Widerstands von ländlichen ArbeitsmigrantInnen in den 1990er Jahren der aktuellen Quellenlage zufolge relativ begrenzt blieb. Die Hong Konger Sozialwissenschaftlerin Pun Ngai charakterisiert die kollektiven Protesthandlungen von WanderarbeiterInnen auf Basis einer von ihr 1995-96 durchgeführten Feldstudie ebenfalls als in der Regel „spontan und von kurzer Dauer“ (Pun 2006:6). Die Situation in den südchinesischen Exportproduktionszonen sei von einem „minor genre of resistance“ (ebd.:187, 193) geprägt gewesen, worunter sie unterschiedliche Formen des alltäglichen Widerstands fasst (ebd.:91ff.; 102ff.).

Offene ausgetragene Arbeitskämpfe wurden in dieser Phase von 1992 bis 2002 demgegenüber, wie einleitend erwähnt, weiterhin primär von ArbeiterInnen in Staats- und Kollektivunternehmen geführt. Der Hintergrund hierfür liegt in der ab Mitte der 1990er Jahre intensivierten Restrukturierung der staatlichen Industrie, die einer endgültigen Zerschlagung der „eisernen Reisschale“ gleichkam. Während in den 1980er Jahren bereits die Handlungsmacht des Managements im staatlichen Sektor ausgedehnt worden war und die Beschäftigungssicherheit mit der Einführung von Arbeitsverträgen zu bröckeln begonnen hatte, wurde auf dem 15. Parteikongress der KPCh im Jahr 1997 der bereits Mitte der 1990er Jahre eingeschlagene Kurs bestätigt, fortan einzig die größten und strategisch bedeutendsten Industriebetriebe in staatlichen Eigentum zu belassen (*zhuada fangxiao*). Der vorläufige Höhepunkt der Restrukturierung im Staats- und Kollektivsektor umfasste sowohl betriebsinterne Rationalisierungsmaßnahmen als auch eine weitreichende Privatisierungswelle sowie zahlreiche Fälle von Konkursen und Werkschließungen. Im Zeitraum von 1996 und 2006 halbierte sich die Zahl der Staatsunternehmen (ten Brink 2013:127) und der „Staats- und

Kollektivanteil an der Industrieproduktion sank bis 2000 auf rund ein Fünftel“ (Schmalz 2013:337). Darüber hinaus wurden auch große Betriebe, über die der chinesische Staat die Kontrolle behielt, in Kapitalgesellschaften mit dem Ziel der Profitmaximierung transformiert. Für die betroffenen Beschäftigten bedeutete dies zum einen eine Transformation des Arbeitsregimes sowie ihrer Reproduktionsbedingungen, da die historische Koppelung von Sozialleistungen an die jeweilige *danwei* weitgehend aufgehoben und das Arbeitsverhältnis fortan über Arbeitsverträge reguliert werden sollte. Zum anderen resultierte die Umstrukturierung unmittelbar auch in einem massiven Rückgang der in staatlichen und kollektiven Unternehmen beschäftigten ArbeiterInnen, wobei trotz unterschiedlicher Schätzungen zumindest von etwa 50 Millionen Entlassungen (ca. 40% der Beschäftigten im öffentlichen Sektor) bis Anfang der 2000er Jahre ausgegangen werden kann (vgl. Andreas 2008:131; Schmalz 2013:337). Vor diesem Hintergrund mussten alleine im Jahr 1997 35% der städtischen Haushalte Einkommenseinbußen hinnehmen. In etwa 53% jener Haushalte, die unter der offiziellen Armutsgrenze lebten, befanden sich Personen, die entweder arbeitslos wurden oder bloß formal beschäftigt blieben (vgl. Hassard/Sheehan/Xiao 2008:38).⁹ Am stärksten betroffen von den Entlassungen waren dabei insbesondere ältere Personen im Alter von 40-50 Jahren, Frauen und gering qualifizierte ArbeiterInnen (vgl. Lee 2007:52). Der Großteil (etwa 80%) der aus dem Staats- und Kollektivsektor entlassenen ArbeiterInnen musste auf flexible Beschäftigungsverhältnisse ausweichen, was in den meisten Fällen in schlecht bezahlter Kurzarbeit ohne Arbeitsvertrag und Sozialversicherung resultierte (vgl. ebd.:130f.).

Bis etwa 1997 blieb der Widerstand der betroffenen ArbeiterInnen gegen die Umwälzungen im Staats- und Kollektivsektor relativ beschränkt. Die Mehrheit dieser „alten ArbeiterInnenklasse“ wurde als „untätig, passiv und machtlos“ charakterisiert (Chen 2003:238), wobei dies u.a. mit den Erfahrungen der Niederlage von 1989 und dem Vertrauen auf eine Intervention zur Aufrechterhaltung/Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse (vgl. Au 2012:145) bzw. einer (ambivalenten) Zustimmung zur Reformierung des öffentlichen Sektors (vgl. Blecher 2002) zu erklären versucht wurde. Mit einer größer werdenden Zahl an ArbeiterInnen, die mit den Auswirkungen der verschärften Reformmaßnahmen konfrontiert wurden, nahm jedoch die Zahl der Arbeitskämpfe vor allem

⁹ Die chinesische Regierung schuf in dieser Hochphase des Restrukturierungsprozess die Kategorie der so genannten „Freigestellten“ (*xiagang*). Die hiermit gefassten Personen wurden offiziell nicht als arbeitslos gezählt. Sie blieben ihrer Arbeitseinheit zugeordnet und erhielten in der Regel für einen begrenzten Zeitraum weiterhin gewisse Sozialleistungen. Nach einer einmaligen staatlichen Entschädigungszahlung sollten sich „Freigestellte“ um Wiederbeschäftigung in anderen staatlichen oder privaten Unternehmen bemühen.

in den Zentren der Schwerindustrie im Nordosten des Landes¹⁰ gegen Ende der 1990er Jahre merkbar zu. Die Auseinandersetzungen nahmen hierbei weniger die Form von Streiks als von öffentlichen Protesten und Demonstrationenmärschen an, vielfach ausgehend von bereits „freigestellten“, arbeitslosen oder pensionierten ArbeiterInnen. Auf offiziell-staatliche Daten berufend, betont Lee (2010:208), dass die Zahl derartiger Demonstrationen mit mehr als 20 TeilnehmerInnen im Jahr 1995 bereits auf 1620 gestiegen war, und insgesamt über 1,1 Millionen Menschen in mehr als dreißig Städten daran teilgenommen haben. Die Anzahl der kollektiven Proteste („Massenvorfälle“) insgesamt sei von 8.700 im Jahr 1993 auf 32.000 im Jahr 1999 angestiegen.

Konkret handelte es sich insbesondere um 1) Proteste aufgrund ausstehender Lohn- und Rentenzahlungen, 2) Nachbarschaftskämpfe gegen die unzulängliche staatliche Versorgung und die zerfallende Infrastruktur sowie 3) Proteste aufgrund von Konkursen und damit zusammenhängender Entschädigungen, Abfindungen, illegaler Verkäufe oder Restrukturierungen staatlicher Betriebe und Korruption von Kadern (vgl. Lee 2007:71ff.). Ihren Ausgangspunkt nahmen die meisten Proteste und Demonstrationen in den jeweiligen Betrieben. In der Regel wurden Forderungen in einem ersten Schritt an die zuständige Betriebsleitung oder die lokalen Behörden gestellt. War die Reaktion darauf nicht zufriedenstellend, so wandten sich ArbeiterInnen vielfach mit Petitionen an höhere Stellen im Staatsapparat, um Behörden zu einem Eingreifen auf der lokalen Ebene zu bewegen. Zu Protestmärschen, Straßenblockaden und anderen Formen der Mobilisierung ausgehend von den Betrieben kam es gewöhnlich dann, wenn auch dieser Versuch gescheitert, d.h. die eingereichten Petitionen ignoriert worden waren (vgl. ebd.).

Des Weiteren charakteristisch für die Proteste der Arbeitslosen und ArbeiterInnen in staatlichen Betrieben in dieser Phase war die Wiederaneignung der politischen Rhetorik aus der Mao-Ära. Bei Protesten in Anshan (Provinz Liaoning), um ein Beispiel zu nennen, skandierten die DemonstrantInnen etwa Parolen wie „Die Arbeiter sind die Herren des Staates!“, „Nieder mit der neu entstandenen Bourgeoisie!“, „Ja zum Sozialismus. Nein zum Kapitalismus!“ oder „Lang lebe die Arbeiterklasse!“ (vgl. Lee 2010:209). Diese Symbolik wurde in zahlreichen Fällen durch das Tragen von Mao-Bildern auf den Demonstrationenmärschen ergänzt, um den Forderungen der ArbeiterInnen Legitimation zu verleihen.

¹⁰ Neben den nordöstlichen Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang wurden Proteste in dieser Phase auch in Provinzen in Zentral- und Westchina (etwa Sichuan) beobachtet, die ebenfalls eine hohe Konzentration an Schwer- und Rüstungsindustrie aufweisen (vgl. Lee 2010:213f.). Für eine ausgezeichnete filmische Aufarbeitung der Auswirkungen des Restrukturierungsprozesses in der staatlichen Industrie siehe auch den Film „24 City“ (2008, Regie: Jia Zhangke).

Schließlich bestand ein zentrales Charakteristikum der Proteste und Mobilisierungen darin, dass sie, in den Worten Ching Kwan Lees, die Form eines „zellulären Aktivismus“ einnahmen: Trotz des Ende der 1990er Jahre deutlich zunehmenden Widerstands blieben die Proteste in der Regel auf (ehemalige) ArbeiterInnen eines Betriebs bzw. auf den Raum der jeweiligen *danwei* mitsamt den zugehörigen ArbeiterInnensiedlungen und der jeweiligen sozialen Infrastruktur beschränkt. Es gab sehr wohl Fälle, in denen es zu Sympathieprotesten in anderen Arbeitseinheiten/Betrieben kam, und in einigen Regionen mündeten die Proteste in über die Betriebe hinausgehende, koordinierte Unruhen.¹¹ In der Regel blieben die Auseinandersetzungen jedoch lokal beschränkt, und es bildeten sich auch in dieser Hochphase des ArbeiterInnenprotestes im Staats- und Kollektivsektor keine formalen, lateralen Organisationsstrukturen (vgl. Lee 2010:211).

Mit Blick auf die Auswirkungen der Proteste ist festzuhalten, dass es nicht gelang, die Restrukturierung zu stoppen. In einigen Fällen resultierte der Widerstand der ArbeiterInnen in einem temporären Aufschub der Umsetzung bestimmter Maßnahmen, auch von einmaligen „Notfallzahlungen“ seitens des Lokal- und Zentralstaats wurde berichtet; insgesamt betrachtet hatten vor allem lokal begrenzte, ökonomische Forderungen von RentnerInnen und Arbeitslosen Aussicht auf Erfolg (vgl. ebd.:214). Die Transformation des staatlichen Sektors und der weitere Rückgang der in staatlichen und kollektiven Betrieben beschäftigten ArbeiterInnen sollte sich auch nach 2002 weiter fortsetzen.¹²

2003-2007

¹¹ Die größten Proteste dieser Art ereigneten sich in Liaoyang und Daqing (vgl. Au 2012:149ff.): Der Widerstand der ArbeiterInnen in Liaoyang, der sich über den Zeitraum 2000 bis 2002 erstreckte, war der erste dokumentierte Versuch, sich über Fabrikgrenzen hinweg zu organisieren. Ausgangspunkt für die Proteste war der Konkurs einer Metallfabrik mit mehr als 8000 ArbeiterInnen. Diese machten korrupte Manager für den Konkurs verantwortlich. Nachdem ihre Petitionen keine Reaktionen ausgelöst hatten, begannen die ArbeiterInnen für Lohnzahlungen und eine Untersuchung des Konkursfalls zu demonstrieren. Im März 2002 schlossen sich ArbeiterInnen von sechs anderen Betrieben an; die TeilnehmerInnenzahl lag über 10.000 Personen. AktivistInnen besuchten ArbeiterInnen in weiteren Betrieben und konnten diese zur Teilnahme an den Protesten bewegen. Hieraus entwickelte sich eine betriebsübergreifende Koordination des Widerstands, inklusive der Wahl von Delegierten aus unterschiedlichen Arbeitseinheiten/Nachbarschaften. Die Proteste resultierten darin, dass letztlich ein Teil der Löhne und medizinische Behandlungskosten für die ArbeiterInnen zurückgezahlt wurden. Gleichzeitig reagierte der Parteistaat jedoch auch mit Repression: Zumindest vier Arbeiterdelegierte wurden festgenommen und zu 4-7 Jahren Haft verurteilt.

Die Restrukturierung der staatlichen Öl-Industrie wiederum führte im Jahr 2002 in den Ölfeldern von Daqing zu den quantitativ bedeutendsten Kämpfen von StaatsarbeiterInnen. Laut Au (vgl. ebd.:151) wurden in diesem Sektor insgesamt 600.000 ArbeiterInnen entlassen. Wie in Liaoyang wurde der Protest der ArbeiterInnen hiergegen über die Grenzen einzelner Arbeitseinheiten hinweg organisiert. Die Proteste dauerten insgesamt vier Wochen und an ihren Höhepunkt, im März 2002, wurden mehr als 50.000 DemonstrantInnen gezählt.

¹² Zwischen 2004 und 2008 ging die Zahl der ArbeiterInnen in Staatsbetrieben etwa Au (vgl. 2012:155) zufolge von 64.6 Millionen auf 61.3 Millionen zurück. Auch wenn die größte Welle der Privatisierungen bis Anfang der 2000er Jahre abgeschlossen war, zeigt sich hiermit ebenfalls, dass weitere Restrukturierungen im Sinne der Profitorientierung von Staatsunternehmen nicht ohne Auswirkungen blieben sind.

In dieser Phase standen erstmals WanderarbeiterInnen im Zentrum der Klassenauseinandersetzungen. Die Restrukturierung der staatlichen Industrie sowie auch der WTO-Beitritt im Jahr 2001 und die damit in Verbindung stehende Ausweitung der ausländischen Investitionen hatte die Zusammensetzung der lohnabhängigen Bevölkerung in China weiter – maßgeblich – verändert. Der Proletarisierungsprozess, d.h. die Verwandlung von signifikanten Teilen der Bauernschaft in lohnabhängige ArbeitsmigrantInnen, hatte sich bis Anfang der 2000er Jahre weiter intensiviert. Hinzu kam, dass ab Anfang der 2000er Jahre weitere Reformen des – bereits angesprochenen *hukou*-Systems durchgeführt wurden, und etwa die so genannte „Verordnung zur Festnahme und Rückführung“ im Jahr 2003¹³ verändert wurde, wodurch Abschiebungen von MigrantInnen zurückgingen und es möglich wurde, sich über längere Zeiträume hinweg in den Städten aufzuhalten.

Insgesamt sei an dieser Stelle auf einige allgemeine Charakteristika der Binnenmigrationsbewegungen bzw. der Beschäftigungsverhältnisse von WanderarbeiterInnen hingewiesen: Der größte Teil der Arbeitsmigration verläuft von den ökonomisch weniger entwickelten Regionen West- und Zentralchinas (etwa die Provinzen Hubei, Hunan, Anhui oder Sichuan) in die vom internationalen Kapital erschlossenen Küstenregionen (vgl. CLB 2008). Als Hauptzuwanderungsprovinzen gelten die an der Küste liegenden Provinzen Guangdong, Zhejiang, Jiangsu und Shandong (vgl. NBSC 2013). Die drei zentralen Zielregionen sind das Perfluss-Delta, das Yangtze-Delta sowie die Region um Beijing/Tianjin.¹⁴ Neben diesen räumlichen Charakteristika zeichnen sich WanderarbeiterInnen auch durch eine spezifische soziale Zusammensetzung aus: Nach Fan (vgl. 2008) tendieren sie dazu, jung, unverheiratet und männlich zu sein, doch die Migration von Frauen hat seit den 1990er Jahren verhältnismäßig stärker zugenommen als jene von Männern. 2009 betrug das Verhältnis von männlichen zu weiblichen MigrantInnen 50,4% zu 49,6%, allerdings stehen darunter deutlich mehr Männer in einem Beschäftigungsverhältnis; über ein Viertel der Migrantinnen verrichtete in den Städten unbezahlte Reproduktionsarbeit (vgl. Gransow 2012). Darüber hinaus existieren bedeutende regionale und sektorale Unterschiede: So bilden sie etwa in der exportorientierten Industrie und im Gaststätten- und Dienstleistungsgewerbe die Mehrheit; ihr Anteil in der im südchinesischen Perfluss-Delta

¹³ Der Auslöser hierfür war der Todesfall eines migrantischen Angestellten, der im Jahr 2003 nach seiner Festnahme in der Stadt Guangzhou zu Tode geprügelt wurde.

¹⁴ Schätzungen zufolge stellten WanderarbeiterInnen im Jahr 2011 40 Prozent der Gesamtbevölkerung Beijings; in der im Perfluss-Delta gelegenen Stadt Shenzhen waren derselben Quelle zufolge im Jahr 2007 knapp 12 Millionen der insgesamt 14 Millionen EinwohnerInnen MigrantInnen (vgl. CLB 2008). Laut offiziellen Statistiken waren im Jahr 2012 22,6% aller WanderarbeiterInnen im Yangtze-Delta und 19,8% im Perfluss-Delta beschäftigt (vgl. NBSC 2013).

liegenden Stadt Shenzhen wurde auf 65,6 Prozent der lokal beschäftigten WanderarbeiterInnen geschätzt (vgl. Pun 2007:31).

Während es – wie oben erwähnt – bereits in den 1990er Jahren zu ersten, vereinzelt Streikwellen von ArbeitsmigrantInnen gekommen war, war ab Anfang der 2000er Jahre eine deutliche Zunahme des Widerstands gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verzeichnen. Neben weit verbreiteten Formen des alltäglichen Widerstands und dem unangekündigten Verlassen von Betrieben – dem so genannten „Abstimmen mit Füßen“ –, kam es insbesondere in Exportproduktionszonen im Süden des Landes immer häufiger zu abseits der parteistaatlich kontrollierten Gewerkschaften organisierten Streiks und in einigen Fällen auch zu Fabrikbesetzungen. So etwa im Perflussdelta, in dem sich im Zeitraum von 2004 bis 2006 eine Streikwelle in ausländisch finanzierten Unternehmen ereignete (vgl. Hao 2014:22ff.). Abgesehen von Entlassungen existieren dabei in Südchina drei Hauptgründe für die Kämpfe der WanderarbeiterInnen: „(1) nicht ausbezahlte oder zu niedrige Löhne bzw. illegale Lohnreduktionen; (2) gewalttätige Übergriffe der Aufseher oder Verletzungen der Würde; und (3) verweigerte Entschädigungen bei Unfällen am Arbeitsplatz“ (Lee 2007:164).

Abgesehen von der quantitativen Zunahme erscheint es jedoch vor allem wichtig, auf die qualitativen Veränderungstendenzen hinsichtlich der Formen und Inhalte der Arbeitskämpfe von WanderarbeiterInnen hinzuweisen, die in dieser Phase erstmals beobachtet wurden: Die aus Hong Kong stammende Soziologin Ching Kwan Lee hatte auf Basis ihrer Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre stattfindenden Feldforschung argumentiert, dass auch der Widerstand von WanderarbeiterInnen dem Muster des – oben bereits angesprochenen – „zellulären Aktivismus“ entspricht, und es sich zudem maßgeblich um rechtebasierte Arbeitskämpfe handelt. Sie nannte hierbei folgende Charakteristika (vgl. Lee 2007; Fuchs 2012):

- Die Auslöser der Arbeitskämpfe von WanderarbeiterInnen sind Lee zufolge in erster Linie Rechtsbrüche, d.h. zu Protesten kommt es in der Regel aufgrund der Diskrepanz zwischen den formalen Rechten der ArbeitsmigrantInnen und der tagtäglichen Erfahrung ihrer faktischen Rechtlosigkeit in den Fabriken bzw. in der Interaktion mit lokalen Behörden.
- Die erhobenen Forderungen bleiben dementsprechend ebenfalls auf den von der Arbeitsgesetzgebung vorgeschriebenen Referenzrahmen beschränkt. Adressat der Forderungen ist in der Regel letztlich die Zentralregierung, da diese als einzige wirksame Schutzinstanz gegen die rechtliche Diskriminierung in den Betrieben und auf Ebene der

lokalstaatlichen Behörden angesehen wird. Dass sich die Forderungen in Streiks und anderen Arbeitskämpfen in erster Linie auf Löhne und konkrete Arbeitsbedingungen beziehen, erklärt Lee zudem mit dem Verweis auf die Reproduktionsstrategien der ArbeitsmigrantInnen, die kaum über eine langfristige Perspektive in den Städten verfügen und deren soziale Reproduktion zu weiten Teilen in den Herkunftsdörfern erfolgt.

- Des Weiteren argumentierte Lee, dass es nur dann zu Streiks kommen würde, wenn institutionell vermittelte Formen der Konfliktbeilegung (Beschwerden in den Betrieben, Petitionen, Schlichtungs- und Schiedsverfahren bei den Arbeitsbehörden) gescheitert sind.
- Die Form von Streiks ist laut Lee ebenfalls durch einen „zellulären Aktivismus“ gekennzeichnet. Vor allem aufgrund der Fragmentierung des polit-ökonomischen Systems und der sehr ausdifferenzierten Arbeitsregime beschränken sich Streiks auf die einzelbetriebliche Ebene; es kommt in der Regel zu keiner Vernetzung mit anderen Betrieben bzw. Streikenden.
- Schließlich betont sie, dass die Organisation von Streiks in Abwesenheit gewerkschaftlicher Organisation in erster Linie über verwandtschaftliche bzw. auf dem gemeinsamen Heimatort basierende Netzwerke erfolgt.

Die Allgemeingültigkeit dieser Charakterisierung wurde jedoch durch Studien in der Phase zwischen 2003-2007 in Frage gestellt. Auf Basis ihrer Untersuchungen in der Elektronik-, Spielzeug- und Edelsteinindustrie verweisen ForscherInnen wie Pun Ngai, Chris Chan, Parry Leung u.a. auf qualitative Veränderungstendenzen sowohl hinsichtlich der Organisationsformen als auch der Forderungen und der von WanderarbeiterInnen verwendeten Kampfmittel (vgl. vgl. Pun/Lu 2010; Leung/Pun 2009; Chan 2010, Chan/Pun 2009; Leung/So 2010; Chen 2010; Becker 2010; Pringle 2011:103ff.). Dies bedeutet konkret, dass auf Basis eines historischen Vergleichs von Streiks und anderen Formen kollektiven Handelns folgende Veränderungstendenzen sichtbar gemacht wurden:

- Streiks im Zeitraum zwischen 2003-2007 zeigen, dass eine Bezugnahme auf das Arbeitsrecht nicht gleichbedeutend mit der Engführung der Arbeitskämpfe auf das rechtlich-institutionelle Terrain ist. Sowohl hinsichtlich der erhobenen Forderungen als auch der Organisationsstrategien werden interessenbasierte und klassenbasierte Handlungsweisen deutlich.
- Die in den kollektiven Aktionen erhobenen Forderungen beschränken sich keineswegs mehr auf existierende, rechtliche Standards, und eine deutliche Zunahme an offensiven Forderungen nach „angemessenen“ und „gerechten“ Löhnen wurde

beobachtet. Zudem gehen die von WanderarbeiterInnen im Zeitraum 2003-2007 gestellten Forderungen zunehmend über individuell-ökonomische Anliegen hinaus, d.h. etwa die Frage der Etablierung von autonomen Vertretungsinstanzen bzw. der Reform der Betriebsgewerkschaften und allgemeiner Forderungen, die auf eine zukünftige Absicherung des Lebens in den Städten zielen, treten in immer mehr Auseinandersetzungen in den Vordergrund.

- Die für die Unterbringung von WanderarbeiterInnen in der verarbeitenden Industrie charakteristischen Wohnheime wie auch die im urbanen Raum weit verbreiteten WanderarbeiterInnen-Dörfer (*minggong cun/chengzhong cun*) dienen als räumliche Ressource für die Organisation kollektiven Widerstands. Dies ist jedoch nicht notwendigerweise mit einer Fragmentierung der Arbeitskämpfe verbunden: In jüngeren Analysen ist nicht nur die Tendenz in Richtung einer Zunahme von Streiks mit ansteckender Wirkung (*copycats*), sondern auch in Richtung einer verbesserten Vernetzung von Streik- und anderen Protestaktionen über einzelne Betriebe und Wohnviertel hinaus. Wesentlich zur Ausweitung von Protesten beigetragen hat hierbei die sich weiter verbreitende Nutzung von Informationstechnologien wie Internet-Nachrichtendienste (*QQ*), Blogs und Mobiltelefonen.
- Entgegen der von Lee postulierten Zentralität „legalistischer“ Widerstandsmuster, werden Arbeitsniederlegungen, Streiks und Straßenblockaden zunehmend auch ohne eine vorhergehende Bezugnahme auf institutionalisierte Konfliktbeilegungsmechanismen durchgeführt. In der Form des „bargaining by riot“ wird stattdessen auch versucht, durch kollektive Protestformen in- und außerhalb der Betriebe möglichst rasch öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen und somit eine staatliche Intervention zugunsten der ArbeiterInnen zu erzwingen.
- Auch wenn die konkreten Auswirkungen auf (die Bereitschaft zu) Arbeitskämpfe(n) umstritten bleiben, ist schließlich als Kontextbedingung die in den 2000er Jahren wachsende Bedeutung von NGOs zu betonen, die – ebenfalls vor allem im Perlfuss-Delta aktiv und aus Hongkong stammend – das Rechtsbewusstsein von WanderarbeiterInnen zu heben und einen kritischen öffentlichen Diskurs über die Arbeitsbedingungen in der exportorientierten Industrie anzuregen versuchen.¹⁵

Wie sind die weitere Zunahme der Arbeitskämpfe und die skizzierten Veränderungstendenzen zu erklären? Zwei wesentliche Hintergrundfaktoren bestehen darin, dass sich, erstens, seit

¹⁵ Für unterschiedliche Perspektiven auf die Praxis von NGOs siehe u.a. Chung 2013, Franceschini 2014.

Ende der 1990er Jahre ein Generationswechsel unter den WanderarbeiterInnen vollzieht, und es, zweitens, seit 2003/4 wiederholt zu regionalen Arbeitskräfteknappheiten gekommen ist: Unter dem Generationswechsel ist eine fortschreitende Ablösung der ersten Generation von WanderarbeiterInnen durch die zweite (und aktuell bereits auch dritte) Generation zu verstehen. Mit der ersten Generation sind jene WanderarbeiterInnen gemeint, die in den späten 1960er und 1970er Jahren geboren wurden, in den 1980er und 1990er Jahren als erste in die neu entstandenen Sonderwirtschaftszonen migrierten und mittlerweile, nach harten Jahren der Lohnarbeit, wieder in die Heimatdörfer zurückgekehrt sind. Ersetzt wurden sie durch die zweite oder „neue“ Generation der ArbeitsmigrantInnen (新生代/第二代), die ab den 1980er Jahren geboren wurde und entweder bereits in einem urbanen Umfeld aufgewachsen ist oder ihre Heimatdörfer bereits unmittelbar nach dem Schulabschluss verlassen hat. In der Regel verfügen diese jüngeren WanderarbeiterInnen über keine Erfahrung mit landwirtschaftlicher Arbeit; ihre Perspektiven sind auf einen dauerhaften Verbleib in den Städten bzw. die berufliche Selbstständigkeit gerichtet. Es sind vor allem diese auf ein „modernes Leben“ ausgerichteten Perspektiven sowie die zunehmende Erfahrung mit Widerstand gegen die Arbeitsbedingungen, die hinter dem Wandel der Kämpfe stehen (vgl. Pun/Lu 2010; ACGB 2010; Han 2009:101ff.).

Ein zweiter wichtiger Faktor für die Zunahme und Veränderung von Arbeitskämpfen besteht in den seit 2003/4 immer wieder lokal auftretenden Arbeitskräfteknappheiten. Diese wurden insbesondere im Perflussdelta (etwa in Shenzhen oder Dongguan) beobachtet und betreffen v.a. gelernte ArbeiterInnen. Vor allem Fach- und VorarbeiterInnen sowie AufseherInnen haben, wie die hohen Kündigungswellen in der Analyse von Streiks zwischen 2003 und 2007 gezeigt haben, ein größeres Vertrauen in ihre Fähigkeit entwickelt, „Exit“ als wirksame Form des Protests wählen zu können. Die Fluktuation in den Betrieben der verarbeitenden Exportindustrie ist demnach sehr hoch. Gleichzeitig wissen WanderarbeiterInnen zunehmend um ihre gestiegene Marktmacht in einer Situation, in der die Unternehmen für den Erhalt der Beschäftigten vermehrt zu Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bereit sind (vgl. etwa Chan 2010:141ff.).

An dieser Stelle sei abschließend noch skizzenhaft auf die staatlichen Reaktionen zur Regulation der Arbeitsverhältnisse angesichts der quantitativen Ausweitung und qualitativen Weiterentwicklung der Arbeitskämpfe von WanderarbeiterInnen hingewiesen. Allgemein kann festgehalten werden, dass die Entwicklungsphase seit dem Führungswechsel an der Partei- und Staatsspitze unter Hu Jintao und Wen Jiabao in den Jahren 2002/3 weniger durch

grundlegende Veränderungen in der ökonomischen Entwicklungsstrategie gekennzeichnet war, als durch den Versuch, die staatliche Rolle als Regulationsinstanz angesichts der Ausweitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und den damit verbundenen sozio-ökonomischen Umwälzungen zu stärken (vgl. Wenten 2011:41). Massenunruhen im Allgemeinen und Arbeitskämpfe im Besonderen stellten hiermit auch einen wesentlichen Hintergrund für die proklamierte Zielsetzung des Aufbaus einer „harmonischen Gesellschaft“ dar.

In diesem Kontext wurden WanderarbeiterInnen etwa seit 2003/4 auch erstmals offiziell als Teil der chinesischen ArbeiterInnenklasse anerkannt. Partei- und Regierungsdokumente hoben gleichzeitig erstmals deren Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung hervor. In der Folge wurden einige maßgebliche Verordnungen auf zentralstaatlicher Ebene zur Verbesserung der sozialen und arbeitsrechtlichen Situation von ArbeitsmigrantInnen erlassen (vgl. Weigelin-Schwiedrzik 2008). Insgesamt gesehen lag der staatliche Fokus angesichts zunehmender ArbeiterInnenproteste auf einer Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse und der Etablierung von Mechanismen für eine institutionalisierte Konfliktaustragung.

Vor diesem Hintergrund wurden im Verlauf der 2000er Jahre verstärkt Reformversuche innerhalb des ACGB in Angriff genommen. Deren miteinander verknüpfte Ziele waren die gewerkschaftliche Organisierung von Beschäftigten in privaten und ausländisch finanzierten Unternehmen sowie die Integration von WanderarbeiterInnen in die Gewerkschaft. 2003 wurde die Forderung nach gewerkschaftlicher Vertretung von WanderarbeiterInnen zur offiziellen Linie des ACGB erhoben (vgl. Grassi 2008:151). Erklärtes Ziel der Reformvorhaben war es, bis 2007 80 Prozent aller ausländischen Unternehmen gewerkschaftlich zu organisieren – nach eigenen Angaben wurde diese Vorgabe im Januar 2008 erreicht (Grassi 2008:150). Einen symbolträchtigen Erfolg erlangte der ACGB im Sommer 2006, als er die gewerkschaftliche Organisierung von Filialen des US-Konzerns Wal-Mart durchsetzen konnte. Bis Ende 2007 waren laut ACGB bereits 60 Millionen WanderarbeiterInnen in Gewerkschaften organisiert (Grassi 2008:157).

Allerdings stellen die hier entstehenden Strukturen keineswegs unabhängige gewerkschaftliche Organisationsformen dar (vgl. Chan A. 2013; Pringle 2011). Dies liegt insofern nahe, als dass der ACGB selbst nach wie vor ein Teil des Staats- und Parteiapparats ist:

As the ACFTU follows orders from the central party and the government, its regional branches repeat the lines on local governments' statements. So-called union initiatives for labour rights are only a renewed way of top-down control over the workforce, and the ACFTU has not changed its role as a labour agent for the state (Wang 2008:205).

Auf betrieblicher Ebene sind die Möglichkeiten für die Einnahme einer konfrontativeren Rolle zudem dadurch eingeschränkt, dass Betriebsgewerkschaften gewöhnlich unter der Kontrolle des jeweiligen Managements stehen (vgl. Taylor/Chang/Li 2003:119; Grassi 2008:146f.). Dies gilt insbesondere für private und transnationale Unternehmen, in denen die Position des Gewerkschaftsvorsitzenden häufig direkt aus den Reihen des Managements gestellt wird (vgl. Lee 2007:59).¹⁶ Die innerbetrieblichen Machtverhältnisse sind zudem dadurch geprägt, dass Gewerkschaftsvertreter auf der Gehaltsliste der Unternehmen stehen und gleichzeitig kein umfassender Kündigungsschutz existiert (vgl. Grassi 2008:147).

Diese strukturellen Defizite des ACGB und der Gewerkschaften auf lokaler Ebene übersetzen sich in die konkrete gewerkschaftliche Praxis in den Betrieben. Im Fall von Arbeitskonflikten agiert die Gewerkschaft in der Regel nicht als Vertreterin von ArbeiterInneninteressen, sondern auf Seiten des Managements – wenn sie nicht sogar selbst Teil des Managements sind (s.o.). „In other words, unions are not open to collective actions and their task, ironically, is to prevent and defuse them“ (Chen 2010:108). De facto kennen viele ArbeiterInnen „ihre“ Gewerkschaften nicht bzw. wissen nicht, was unter „Gewerkschaften“ überhaupt zu verstehen ist (vgl. ebd.: 681).¹⁷

2008-2009

Die Besonderheiten der Phase von 2008-2009 sind weitgehend auf die spezifischen Kontextbedingungen für Arbeitskämpfe in diesen beiden Jahren zurückzuführen. Zum einen mündeten die angesprochenen Versuche zur Regulation und Verrechtlichung von Arbeitsverhältnissen darin, dass im Jahr 2008 einige neue Arbeitsgesetze in Kraft traten, darunter von besonderer Bedeutung das Arbeitsvertragsgesetz und das Gesetz über Schlichtung und Schiedsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten (vgl. Schucher 2008; Geffken/Cui 2014). Diese Gesetzgebungsmaßnahmen sind nicht ohne die Veränderungen hinsichtlich der Arbeitskämpfe zu verstehen. Wenn die staatliche Strategie dahinter der Versuch der rechtlichen Kanalisierung und Individualisierung von Arbeitskonflikten gewesen ist, so hatten die Arbeitsgesetzgebungsmaßnahmen auch unmittelbare Auswirkungen: Insbesondere die Zahl der bei Arbeitsbehörden als Schiedsfälle gemeldeten Arbeitskonflikte stieg sprunghaft

¹⁶ So hält etwa Chen Feng fest, dass laut einer Befragung der Guangzhou General Trade Union im Jahr 2006 98,7 Prozent aller Betriebsgewerkschaftsvorsitzenden in privaten und ausländisch finanzierten Unternehmen selbst hohe Managerposten inne hatten (vgl. Chen 2009:680). Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen mehrere andere ForscherInnen (vgl. Lee 2007:59; Metcalf/Li 2005).

¹⁷ Chen (2010:681) betont hierzu: „Completely controlled by employers and management, such unions serve only a cosmetic purpose. It is thus not surprising that many workers in private enterprises have no interest in unions. An investigation of two private enterprises reputed to have set up unions showed that 84.2% and 89.3%, respectively, of the workers claimed not to be union members, while 85% and 100%, respectively, stated they had no idea what unions were all about“.

von 350182 im Jahr 2007 auf 693465 im Jahr 2008 an; die Zahl der gemeldeten „kollektiven Arbeitskonflikte“ erhöhte sich im selben Zeitraum von 12784 auf 21880 (vgl. ZLTN 2010). Auch für die Gewerkschaften und NGOs waren die neuen Gesetze bedeutsam, insofern sie für Beratungszwecke und zur Anhebung des Rechtsbewusstseins genutzt werden konnten (vgl. Chan A. 2013).

Zum anderen waren kollektive Proteste und Arbeitskonflikte in diesen beiden Jahren maßgeblich von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise beeinflusst. Dies machte sich für WanderarbeiterInnen in China in erster Linie durch Betriebsschließungen und Entlassungen bemerkbar. Es existieren hierzu unterschiedliche quantitative Einschätzungen, aber allgemein kann davon ausgegangen werden, dass zwischen 20 und 40 Millionen WanderarbeiterInnen zumindest kurzfristig ihre Anstellung verloren und in die ländlichen Regionen zurückkehren mussten (Ruckus 2009).

Vor diesem Hintergrund waren Unternehmenskonkurse, Betriebsverlagerungen oder auch das Abtauchen von Unternehmensleitungen in den Jahren 2008-2009 die Hauptursachen für Arbeitskämpfe im Perflussdelta. Laut chinesischen AktivistInnen hielten sich die sozialen Auswirkungen der Krise auf WanderarbeiterInnen in den Exportproduktionszonen jedoch in Grenzen. Obwohl von UnternehmerInnenseite erfolgreich Druck ausgeübt und etwa im Jahr 2009 die jährliche Erhöhung der Mindestlöhne ausgesetzt wurde, so kam die chinesische Regierung umgekehrt vielerorts für ausstehende Lohnzahlungen auf. Die Anzahl kollektiver Aktionen außerhalb der institutionellen Konfliktbeilegungsmechanismen ging daher Berichten zufolge gar kurzfristig zurück (vgl. Hao 2014:33f.). Kam es zu offenen Protesten, so betrafen die Forderungen der ArbeiterInnen vor allem Lohnkürzungen, Lohnrückstände und Überstundenzuschläge. In Fällen von bankrotten Firmen wurden vor allem Straßen- und Fabrikblockaden eingesetzt, um von den lokalen Behörden Entschädigungszahlungen zu fordern (vgl. ebd. 36f.).

Seit 2010

In der aktuellen Phase seit 2010 nahm die Zahl der kollektiven Arbeitskämpfe erneut zu. Die Formen und Inhalte der Streiks und Proteste der mittlerweile 263-280 Millionen WanderarbeiterInnen in den vergangenen mehr als 3 Jahren bestätigen jene qualitativen Veränderungstendenzen, die weiter oben bereits beschrieben wurden. Den vorläufigen Höhepunkt der Arbeitskämpfe von WanderarbeiterInnen stellte eine Streikwelle in der Automobilindustrie im Frühsommer 2010 dar. Dabei finden die Streiks seit 2010 in einem allgemeinen Kontext des erneuten Booms der Exportwirtschaft statt, lag doch beispielsweise

das Volumen der Exportproduktion im Juni 2010 bereits wieder um 10% über dem Niveau vor der globalen ökonomischen Krise (vgl. Butollo 2010:622). Dies wiederum führte in den südlichen Küstenprovinzen ab 2010 erneut zu einer Knappheit an Arbeitskräften, wobei besonders im Perfluss-Delta ein Großteil der Unternehmen nach ArbeiterInnen suchten bzw. sich um eine Abnahme der sehr hohen Fluktuation von Arbeitskräften bemühen musste. Zu einer signifikanten Erhöhung der Löhne von ArbeitsmigrantInnen hat die neue Boomphase vorerst nur bedingt geführt. Zwar ist der gesetzliche Mindestlohn etwa in Shenzhen zwischen 2004 und 2011 um ein Dreifaches angestiegen, doch die tatsächlichen Einkommensunterschiede im Verhältnis zu nicht-migrantischen Arbeitskräften bleiben groß, und zudem hat die Inflation die Hoffnung auf eine bedeutende Verbesserung des Lebensstandards in den Städten in den vergangenen Jahren immer wieder zunichte gemacht. In diesem breiten Kontext¹⁸ ereignete sich im Frühsommer 2010 eine der bis dato größten Streikwellen von WanderarbeiterInnen, die exemplarisch für den skizzierten Wandel der Arbeitskämpfe steht (vgl. Carter 2010; FreundInnen von gongchao 2010; Wang 2010; Hui 2011; Lüthje 2010; Butollo/ten Brink 2012). Die Serie von Streiks begann Mitte Mai 2010 und war in erster Linie auf die Automobilindustrie in der Provinz Guangdong konzentriert, weitete sich jedoch auch auf andere Sektoren und Regionen aus. Den Ausgangspunkt stellte ein Streik von etwa 1800 ArbeiterInnen eines Getriebewerks des japanischen Automobilherstellers Honda in der Stadt Foshan dar. Der konkrete Auslöser für diesen Streik bei Honda Nanhai war die Unzufriedenheit der BandarbeiterInnen damit, dass sich die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns nicht in den tatsächlich ausbezahlten Löhnen niederschlug. Im Verlauf des Protests erarbeiteten die streikenden ArbeiterInnen und zahlreichen beschäftigten PraktikantInnen eine Liste mit insgesamt 108 Forderungen, darunter folgende vier Kernforderungen: Eine Anhebung der Grundlöhne für alle Beschäftigten um 800 RMB, eine Entlohnung nach Dauer der Betriebszugehörigkeit, eine Garantie dafür, dass gegen die Streikenden keine Untersuchungen eingeleitet werden, sowie eine selbstbestimmte gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb. In der Auseinandersetzung profitierten die Streikenden von einer besonders hohen Produktionsmacht, d.h. aufgrund von *just-in-time*-Organisation im Unternehmen konnte die Produktion auch in allen Montagewerken von Honda in China lahmgelegt werden.

Der Streik weitete sich rasch auf mind. zwei Dutzend weitere Betriebe aus. Einerseits ebenfalls auf Honda-Zulieferer in der Region, andererseits aber auch auf andere Fabriken

¹⁸ Für den spezifischen Kontext in der Automobilindustrie siehe IHLO 2010.

anderer Automobilhersteller in anderen Teilen des Landes sowie auch auf Fabriken in der Elektronikindustrie.¹⁹

Konkret verdeutlichen folgende Charakteristika der Streikwelle die beschriebene Tendenz zum Wandel der Arbeitskämpfen von WanderarbeiterInnen: *Erstens* waren die Streiks in der Automobilindustrie von Lohnforderungen geprägt, die deutlich über das gesetzliche Mindestmaß hinausgingen. Mit diesen Forderungen waren die Beschäftigten zudem höchst erfolgreich: Der Streik bei Honda Nanhai etwa endete mit einer Lohnerhöhung von 70% für die große Zahl der beschäftigten PraktikantInnen und von 32% für den Rest der ArbeiterInnen. *Zweitens* breitete sich die Streikwelle, wie bereits beschrieben, auch auf andere Industriesektoren und Regionen aus. Auch wenn hierbei kein übergreifend koordiniertes Vorgehen der ArbeiterInnen in den einzelnen Betrieben festgestellt werden konnte, so ist die Kommunikation der ArbeiterInnen über neue Medien wie den Chat-Dienst QQ, die Einrichtung eigener Internetforen, in denen von Arbeiter-AktivistInnen Videos und Erfahrungen ausgetauscht wurden, sowie übre SMS belegt. Diese führte etwa auch dazu, dass in den „ansteckenden“ Streiks in der Automobilindustrie Forderungen mit anderen Betrieben abgeglichen und teilweise auch exakt die gleichen Forderungen an die Unternehmensleitungen gestellt wurden. *Drittens* dauerte der erste Streik bei Honda Nanhai mit 17 Tagen auch ungewöhnlich lange und umfasste auch mehrere (Kollektiv-)Verhandlungsrunden zwischen den Streikenden und der Betriebsführung. *Viertens* schließlich bestätigten die Forderungen nach einer eigenständig bestimmten Vertretung in den Betrieben zum einen deutlich die Tendenz in Richtung interessenbasierter Proteste. Zum anderen wurde damit erneut deutlich, dass WanderarbeiterInnen ihre offizielle gewerkschaftliche Vertretung als völlig unbrauchbar für die Vertretung ihrer Interessen und stattdessen als einen Arm der Unternehmensleitung begreifen.

Die Ereignisse im Jahr 2010 führten nicht zuletzt dazu, dass sich Gewerkschafter in der Provinz Guangdong dazu veranlasst sahen, Reformen zur Demokratisierung der Gewerkschaften sowie die Umsetzung von Kollektivverhandlungen voranzutreiben (vgl. Hui/Chan 2011) Die Ergebnisse und Auswirkungen derartiger Reformversuche in den industriellen Beziehungen bleiben bis dato jedoch höchst umstritten. Klar scheint nur, dass die Versuche einer Einhegung von Arbeitskämpfen und einer „Harmonisierung“ der Arbeitsbeziehungen bisher gescheitert sind: Der aktuelle Bericht der Hong Konger NGO

¹⁹ Neben weiteren Honda-Werken kam es etwa auch u.a. bei *Hyundai Motor* nahe Beijings, bei einem Toyota-Zulieferer in Tianjin, bei *Denso* in Guangzhou, in den Elektronikfabriken *Merry Electronics* (Shenzhen), *Flextronics* (Zhuhai) und *TPA Displays* (Shanghai) sowie in Textilfabriken in Suzhou und Jiujiang zu Streiks. Darüber hinaus kam es in der nordchinesischen Stadt Dalian zu einer Streikwelle mit 70.000 beteiligten ArbeiterInnen in 73 unterschiedlichen Betrieben.

„China Labour Bulletin“ dokumentiert auch für den Zeitraum Mitte 2011 bis Ende 2013 eine ungebrochene Ausweitung von Streiks und anderen Formen kollektiven Widerstands. Der Bericht erfasste für die genannte Zeitspanne insgesamt 1171 Streiks, von denen sich 40% in der verarbeitenden Industrie, 26% im Transportsektor, 13% im Dienstleistungsbereich und 8% im Bausektor ereigneten. Räumlich betrachtet stellt die südchinesische Provinz Guangdong mit einem Anteil von 57% der dokumentierten Streiks weiterhin nicht nur ein Zentrum der Weltmarktproduktion sondern auch das Zentrum der Arbeitskämpfe in China dar (CLB 2014a).²⁰

Dieses Bild wurde schließlich erst vor etwa einem Monat bestätigt, als in der im Perlfuss-Delta gelegenen Stadt Dongguan bis zu 50.000 in der Schuhproduktion beschäftigte ArbeiterInnen in den Streik traten und vom taiwanesischen Unternehmen Yue Yuen die Auszahlung von Sozialversicherungsbeiträgen und Wohnzuschüssen forderten. Dieser zuletzt auch medial breit diskutierte Streik verweist zudem darauf, dass zukünftig Forderungen im Zusammenhang mit der allgemeinen sozialen Reproduktion von WanderarbeiterInnen im urbanen Raum weiter in den Vordergrund rücken könnten. (vgl. CLB 2014a; CLB2014b).

4. Ausblick und offene Fragen

Für die weitere Entwicklung der Arbeitskämpfe und deren staatlicher Bearbeitung in der VR China erscheinen folgende offene Fragen gegenwärtig von besonderer Bedeutung:

Erstens versucht der chinesische Zentralstaat, wie bereits skizziert, seit nunmehr etwa 10 Jahren, die Regulierung der entstandenen kapitalistischen Arbeitsverhältnisse zu stärken und das Potential für gesellschaftliche Konflikte zu mildern. Dabei liegt der Fokus insgesamt gesehen auf der Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse, der Institutionalisierung von Mechanismen zur Beilegung von Arbeitskonflikten und der Stärkung der Rolle der Gewerkschaften. Angesichts der dargelegten historischen Perspektive erscheint jedoch mehr als fraglich, ob diese Regulationsversuche tatsächlich zu der aus staatlicher Sicht gewünschten „Harmonisierung“ der Arbeitsverhältnisse führen können und inwieweit eine stärkere Regulation und eine damit verbundene landesweite Anhebung der Lohnniveaus mit dem gegenwärtigen Entwicklungsmodell kompatibel ist.

Zweitens bleibt abzuwarten, wie das private und internationale Kapital auf die Intensivierung der Arbeitskämpfe und eine möglicherweise stärkere Regulierung reagieren wird. Neben

²⁰ Als weitere Beispiele für die anhaltenden Arbeitskämpfe von WanderarbeiterInnen können zudem etwa die seit 2010 zahlreich auftretenden Streiks und Unruhen beim Elektronik-Auftragshersteller *Foxconn* (vgl. Pun u.a. 2013) sowie die im November 2011 von *Pepsi*-ArbeiterInnen über unterschiedlichen Standorte (Chongqing, Chengdu, Fuzhou, Changsha Nanchang) hinweg koordinierten Proteste genannt werden.

industriellem *upgrading* in den Exportproduktionszonen Chinas sowie den bereits seit mehreren Jahren beobachtbaren Verlagerungen nach Südostasien (v.a. im Bereich der Leichtindustrie) sowie nach Zentral- und Westchina ist abzuwarten, ob bzw. wie schnell es zu Veränderungen in den regional ausdifferenzierten Industriestrukturen kommt.

Schließlich stellt sich *drittens* in Bezug auf die Organisierung der Lohnabhängigen in China zum einen die Frage, ob bzw. wie über die beobachteten Veränderungstendenzen hinaus nachhaltigere, stabilere Formen der Organisierung entstehen können. Zum anderen bleibt offen, ob die Fragmentierung zwischen unterschiedlichen Teilen der chinesischen ArbeiterInnenklasse überwunden wird und etwa auch ArbeiterInnen in staatlichen und privaten Unternehmen sowie in unterschiedlichen Sektoren und Beschäftigungsverhältnissen gemeinsame Interessen und Kampfformen entwickeln.

Literaturliste

- ACGB (All-Chinesischer Gewerkschaftsbund) (2010): *Guanyu xin shengdai nongmingong wenti de yanjiu baogao* (Forschungsbericht zu Problemen der neuen Generation von WanderarbeiterInnen), online unter <http://acftu.people.com.cn/GB/11921899.html>, 10.1.2012.
- Andreas, Joel (2008): „Changing Colours in China“, in *New Left Review*, 54 (November-December 2008), 123-142.
- Au, Loong Yu (2012): *China's Rise: Strength and Fragility*. Pontypool: Merlin Press.
- Barker, Colin (2011): „Klassenkämpfe im Staatskapitalismus: Der Aufstieg von Solidarnosc“, in *Perspektiven*, Nr. 13, online unter: <http://www.perspektiven-online.at/2011/07/19/klaskenkaempfe-im-staatskapitalismus-der-aufstieg-von-solidarnosc/> (10.3.2014).
- Becker, Jeffrey (2010): *The Knowledge to Act: Chinese Migrant Labor Protests in Comparative Perspective*, unveröffentlichtes Manuskript.
- Blecher, Marc (2002): „Hegemony and Workers' Politics in China“, in *The China Quarterly*, 170 (Juni 2002), 283-303.
- Bramall, Chris (2009): *Chinese Economic Development*. London/New York: Routledge.
- Butollo, Florian/ten Brink, Tobias (2012): „Challenging the Atomization of Discontent. Patterns of Migrant-Worker Protest in China During the Series of Strikes in 2010“, in *Critical Asian Studies*, Vol. 44, Nr. 3. (2012), 419-440.
- Carter, Lance (2010): *Auto Industry Strikes in China*, online unter <http://insurgentnotes.com/2010/10/auto-industry-strikes-in-china/>, 20.7.2011.
- Chan, Anita/Siu, Kaxton (2012): „Die Entwicklung des Klassenbewusstseins chinesischer Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter 1980-2010“, in *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 296, 191-205.
- Chan, Anita (2001): *China's Workers under Assault. The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*. Armonk, NY/London: M.E. Sharpe.
- Chan, Anita (2013): „Die internationale Gewerkschaftsbewegung, Arbeitskonflikte und Aussichten auf Tarifverhandlungen in China“, in Egger, Georg et al. (Hg.): *Arbeitskämpfe in China. Berichte von der Werkbank der Welt*. Wien: Promedia, 144-162.
- Chan, Chris King-Chi (2010): *The Challenge of Labour in China. Strikes and the changing labour regime in global factories*. London / New York: Routledge.
- Chan, Chris King-Chi/Pun, Ngai (2009): „The Making of a New Working Class? A Study of Collective Action of Migrant Workers in South China“, in *The China Quarterly*, Nr. 198 (June 2009), 287-303.
- Chen, Feng (2009): „Union Power in China. Source, Operation, and Constraints“, in *Modern China*, Vol. 35, Nr. 6 (November 2009), 662-689.
- Chen, Feng (2010): „Trade Unions and the Quadripartite Interactions in Strike Settlement in China“, in *The China Quarterly*, Nr. 201 (March 2010), 104-124.
- Cho, Hyekyung (2005): *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Chung, Suki (2013): „Reflexionen zu jüngsten Entwicklungstendenzen in der chinesischen ArbeiterInnenbewegung“, in Egger, Georg et al. (Hg.): *Arbeitskämpfe in China. Berichte von der Werkbank der Welt*. Wien: Promedia, 210-222.
- CLB (China Labour Bulletin) (2008): *Migrant workers in China*, online unter <http://www.clb.org.hk/en/node/100259>, 1.12.2011.
- CLB (China Labour Bulletin) (2014a): „Searching for the Union: The workers' movement in China 2011-2013“, online unter

- http://www.clb.org.hk/en/sites/default/files/File/research_reports/searching%20for%20the%20union%201.pdf (10.3.2014).
- CLB (China Labour Bulletin) (2014b): „More than ten thousand workers stage strike at massive Dongguan shoe factory“, online unter <http://www.clb.org.hk/en/content/more-ten-thousand-workers-stage-strike-massive-dongguan-shoe-factory> (10.5.2014)
- CLB (China Labour Bulletin) (2014c): „Defeat will only make us stronger: Workers look back at the Yue Yuen shoe factory strike“, online unter <http://www.clb.org.hk/en/content/defeat-will-only-make-us-stronger-workers-look-back-yue-yuen-shoe-factory-strike> (22.5.2014).
- Franceschini, Ivan (2014): „Labor NGOs in China: A Real Force for Political Change“, in *The China Quarterly* (forthcoming).
- FreundInnen von gongchao (2010): „Sie haben das selbst organisiert“ – Die Streikwelle von Mai bis Juli 2010 in China, in Pun, Ngai/Lee, Ching Kwan u.a.: *Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China*. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Fuchs, Daniel (2012): *Klassenformierungsprozesse in China. Kontinuitäten und Brüche in autonomen Arbeitskämpfen chinesischer WanderarbeiterInnen der 2. Generation*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.
- Fuchs, Daniel (2014): „Nachholende Entwicklung und (Kämpfe der) Migration in der Volksrepublik China“, in Atac, Ilker et al. (Hg.): *Migration und Entwicklung. Neue Perspektiven*. Wien: Promedia, 153-170.
- Gallagher, Mary Elizabeth (2005): *Contagious Capitalism. Globalization and the Politics of Labor in China*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Geffken, Rolf/Cui, Can (2014): *Das chinesische Arbeitsvertragsgesetz. Neue kommentierte Ausgabe*. 4. Auflage. Cadenberge: VAR-Verlag.
- Gransow, Bettina (2012): Binnenmigration in China – Chance oder Falle. Kurzdossier, Bundeszentrale für politische Bildung, online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/151241/binnenmigration-in-china>, 20.8.2013.
- Grassi, Sergio (2008): „Die neuen Aufgaben der chinesischen Gewerkschaften“, in *China aktuell*, 1/2008, 139-161.
- Han, Jun (Hg.) (2009): *Zhongguo nongmingong zhanlüe wenti yanjiu* (Strategic Research on China's Migrant Workers). Shanghai: Shanghai yuandong chubanshe.
- Hao, Ren u.a. (2014): *Streiks im Perlflossdelta. ArbeiterInnenwiderstand in Chinas Weltmarktfabriken*. Wien: Mandelbaum.
- Hui, Elaine Sio-ieng (2011): „Understanding Labor Activism: The Honda Workers' Strike“, in Scherrer, Christoph (Hg.): *China's Labor Question*. München: Rainer Hampp Verlag, 133-151.
- Hui, Elaine Sio-ieng/Chan, Chris King-chi (2011): „The „Harmonious Society“ as a Hegemonic Project: Labour conflicts and changing labour policies in China“, in *Travail, capital et société*, Vol. 4, Nr. 2, 155-182.
- IHLO (ITUC/GUF Hong Kong Liason Office) (2010): *A Political Economic Analysis of the Strike in Honda and the auto-parts industry in China*, online unter <http://www.ihlo.org/LRC/W/000710.pdf>, 20.7.2011.
- Lee, Ching Kwan (2007): *Against the Law. Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*. Berkeley / Los Angeles / London: University of California Press.
- Lee, Ching Kwan (2010): „Die Entwicklung des Arbeiteraufbruchs in China“, in Pun, Ngai/Lee, Ching Kwan u.a.: *Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China*. Hamburg/Berlin: Assoziation A, 193-224.

- Leung, Pak Nang/Pun, Ngai (2009): „The Radicalisation of the New Chinese Working Class: a case study of collective action in the gemstone industry“, in *Third World Quarterly*, Vol. 30, Nr. 3, 551-565.
- Leung, Parry/So, Alvin Y. (2010): *The Making and Re-Laming of the Working Class in South China*. Unveröffentlichtes Draft-Paper.
- Li, Shi (2010): „The Economic Situation of Rural Migrant Workers in China“, in *China Perspectives*, 4/2010, 4-15.
- Lüthje, Boy (2010): „Auto Worker Strikes in China: What did they win?“, online unter <http://www.labornotes.org/2010/12/auto-worker-strikes-china-what-did-they-win>, 1.3.2014.
- Mallee, Hein (2003): „Migration, hukou and resistance in reform China“, in Perry, Elizabeth J./Selden, Mark (Hg.): *Chinese Society. Change, conflict and resistance. 2nd edition*. London/New York: Routledge.
- Metcalf, David/Li, Jianwei (2005): *Chinese Unions: Nugatory or Transforming? An Alice Analysis*. Centre for Economic Performance, London School of Economics and Political Science, Discussion Paper No 708.
- Naughton, Barry (2007): *The Chinese Economy. Transitions and Growth*. Cambridge/London: MIT Press.
- NBSC (National Bureau of Statistics of China) (2013): 2012 nian quanguo nongmingong jiance baogao (Untersuchungsbericht zu WanderarbeiterInnen 2012), online unter http://www.stats.gov.cn/tjfx/jdfx/t20130527_402899251.htm, 20.8.2013.
- Pam, Anton: „Eine gescheiterte Revolution. Die Bewegung vom Tian'anmen 1989 und ihre Niederschlagung“, in *Unruhen in China. Beilage der Wildcat #80 – Dezember 2007*, 52-58.
- Perry, Elizabeth (1995): „Labor's battle for political space: the role of worker associations in contemporary China“, in Davis, Deborah S. et al. (Hg.): *Urban Spaces in Contemporary China. The potential for autonomy and community in Post-Mao China*. Cambridge: Cambridge University Press, 302-325.
- Pringle, Tim (2011): *Trade Unions in China. The challenge of labour unrest*. London/New York: Routledge.
- Pun, Ngai (2006): *Made in China. Women factory workers in a global workplace*. Durham/London: Duke University Press; Hong Kong: Hong Kong University Press.
- Pun, Ngai (2007): „Schlafsalkapitalismus in Shenzhen“, in *Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis*, Nr. 3 (Herbst 2007), 30-35.
- Pun, Ngai/Lu, Huilin (2010): „Unfinished Proletarianization: Self, Anger, and Class Action among the Second Generation of Peasant-Workers in Present-Day China“, in *Modern China*, Vol. 36, Nr. 5, 493-519.
- Pun, Ngai/Lu, Huilin/Guo, Yuhua/Shen, Yuan (2013): *iSlaves. Ausbeutung und Widerstand in Chinas Foxconn-Fabriken*. Wien: Mandelbaum.
- Ruckus, Ralf (2009): „Große Unruhe, kleine Unruhe. WanderarbeiterInnen in China zwischen Revolte und Krise“, in *Analyse & Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 540, online unter http://akweb.de/ak_s/ak540/06.htm (10.3.2014).
- Schmalz, Stefan (2013): „Neue Vögel im Käfig? Chinas steiniger Weg zu einem neuen Akkumulationsregime“, in Atzmüller, Roland et al. (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 329-352.
- Schucher, Gunther (2008): „Harmonisierung per Gesetz. Arbeitskonflikte in China und das neue Arbeitskonfliktgesetz“, in *China aktuell*, 4/2008, 64-109.
- Sheehan, Jackie (1998): *Chinese Workers. A New History*. London: Routledge.
- Silver, Beverly J. (2005a): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin/Hamburg: Assoziation A.

- Silver, Beverly J./Zhang, Lu (2010): „China als neuer Mittelpunkt der globalen Arbeiterunruhe“, in *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 161, 40. Jg., Nr. 4, 605-618.
- Taylor, Bill/Chang, Kai/Li, Qi (2003): *Industrial Relations in China*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- ten Brink, Tobias (2013): *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Walder, Andrew G./Gong, Xiaoxia (1993): „Workers in the Tiananmen Protests. The Politics of the Beijing Workers‘ Autonomous Federation“, in *The Australian Journal of Chinese Affairs*, No. 29 (Januar 1993), online unter <http://www.tsquare.tv/links/Walder.html> (10.3.2014).
- Wang, Hui (2003): *China's New Order. Society, Politics, and Economy in Transition*. Cambridge et al.: Harvard University Press.
- Wang, Kan (2008): „A changing arena of industrial relations in China. What is happening after 1978“, in *Employee Relations*, Vol. 30, Nr. 2, 190-216.
- Wang, Kan (2011): „Collective Awakening and Action of Chinese Workers: The 2010 Auto Workers' Strike and its Effects, in *Sozial.Geschichte Online*, 6/2011, 9-27, online unter http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-29001/03_WangKan_Strike.pdf, 3.1.2012.
- Weigelin-Schwiedrzik, Susanne (2008): „The distance between state and rural society in the PRC. Reading Document No 1 (February 2004)“, in *Journal of Environmental Management*, Nr. 87, 216-225.
- Wenten, Frido (2011): „Restructured Class-Relations since 1978“, in Scherrer, Christoph (Hg.): *China's Labor Question*. München: Rainer Hampp Verlag, 28-48.
- Wright, Erik Olin (2000): „Working-Class Power, Capitalist-Class Interests, and Class Compromise“, in *American Journal of Sociology*, Nr. 4 (January 2000), 957-1000.
- Yu, Jianrong (2007): *Zhongguo de saoluan shijian yu guanzhi weiji* (China's Riots and its Management Crisis, Vortrag gehalten am 30.10.2007 an der University of California, Berkeley, online unter <http://www.chinaelections.org/newsinfo.asp?newsid=118361>, 2.12.2011.
- ZLTN (*Zhongguo laodong tongji nianjian*, China Labour Statistical Yearbook) (2010). Beijing: Zhongguo tongji chubanshe (China Statistics Press).